

Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hrsg.)

Globale Soziale Rechte

Zur emanzipatorischen Aneignung
universaler Menschenrechte



Ronald Blaschke
Mario Candeias
Alex Demirović
Martin Dieckmann
Thomas Gebauer
Rolf Künnemann
Sandro Mezzadra
Wolf-Dieter Narr

Iris Nowak
Werner Rätz
Thomas Seibert

Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hrsg.)
Globale Soziale Rechte

Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hrsg.)

Globale Soziale Rechte

Zur emanzipatorischen Aneignung
universaler Menschenrechte

Beiträge des »Kritischen Bewegungsdiskurses«

VSA: Verlag Hamburg

Der »Kritische Bewegungsdiskurs« einschließlich dieser Publikation wurde im Jahr 2007 durch die finanzielle Unterstützung der Stiftung »Menschenwürde und Arbeitswelt«, des Fördervereins der DGB-Jugend und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ermöglicht.

www.bewegungsdiskurs.de

www.vsa-verlag.de

Inhalt

Vorwort von *Roland Klautke* und *Brigitte Oehrlein* 7

Einführung

Brigitte Oehrlein
Politische Bedeutung des Konzepts Globale Soziale Rechte 10

Zur Bedeutung der Menschenrechte für politische Handlungsfähigkeit

Martin Dieckmann
Vom individuellen Abwehrrecht zum Entfaltungsrecht? 30

Philosophisch-theoretische Überlegungen zur Konzeptlegung Globale Soziale Rechte

Thomas Seibert
Die Bürgerrechte der Menge 38
Über einige Konvergenzen der sozialen Kämpfe und der Philosophie

Zur Beziehung von Menschenrechten zu Globalen Sozialen Rechten

Ronald Blaschke
**Globale Soziale Rechte als Globale Politische Rechte
der WeltbürgerInnen und das Bedingungslose Grundeinkommen** 56

Rolf Künnemann
Grundeinkommen global – ein soziales Menschenrecht 75

Kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept Globale Soziale Rechte

Wolf-Dieter Narr
**Auf der Suche nach maßstäblicher Orientierung –
Menschenrechtliche Ambivalenzen** 94

Alex Demirović
Globale Soziale Rechte und Menschenrechte – wohin führen sie? 110

Das Konzept Globale Soziale Rechte als Aneignung von Menschenrechten

Werner Rätz

Globale Soziale Rechte und Aneignungspraxen	122
--	-----

Konkrete Kämpfe um Globale Soziale Rechte

Thomas Gebauer

Nichtregierungsorganisationen als Akteure für Globale Soziale Rechte	142
---	-----

Sandro Mezzadra

Globale Soziale Rechte als Antwort auf Kapitalismus und Migrationen?	160
---	-----

Anmerkungen zur Theorie der Autonomie der Migration

Mario Candeias

Prekarisierung als Kampf um Globale Soziale Rechte und Perspektiven feministisch-sozialistischer Transformation	175
--	-----

Globale Soziale Rechte und Perspektiven alternativer Lebensformen

Iris Nowak

Wer wird sich um den Alltag sorgen?	206
--	-----

Die Autorinnen und Autoren	217
---	-----

Vorwort

Der »Kritische Bewegungsdiskurs« (KBD) wurde mit dem Ansinnen initiiert, einen Ort haben zu wollen, in dem theoretische Auseinandersetzungen nicht allein unter den Gesichtspunkten wissenschaftlicher Fragestellungen, sondern genauso unter denen der Fokussierung auf die Handlungsfähigkeit sozialer Bewegungen geführt werden. Vor einer sinnvollen Kritik und der sich anschließenden Perspektiventwicklung sollte stets eine Analyse stehen, die das je systembedingte Vorgehen und die Zielsetzung dahinter wirklich durchdringt.

Im Fall der kapitalistischen Produktionsweise im Allgemeinen und der Auswirkungen des neoliberalen Projekts im Besonderen geht es u.a. um die Klärung der Funktion seines Kardinalbegriffes »Freiheit«, seiner Desavouierung der gesellschaftlichen Haltung von Solidarität, geht es um die Frage, welche Werte für eine so ausgerichtete Gesellschaft noch zählen, welcher Stellenwert der Würde jedes Einzelnen noch zukommt, wenn sich die Gesellschaft nicht verantwortlich dafür hält, Verhältnisse zu schaffen, in denen als Richtwerte gelten, jedem Einzelnen das Recht zu bewahren, sein Leben in Selbstbestimmung und größtmöglicher Autonomie führen zu können – bei existenzieller Sicherheit und Eingebundenheit in gesellschaftliche Partizipation. Hat der Mensch dem Wirtschaftssystem zu dienen oder sollte das Wirtschaftssystem so organisiert werden, dass es die Bedürfnisse der Menschen befriedigt?

Damit ist die alles entscheidende Frage gestellt, ob Demokratie irgendwo enden darf. Wie überhaupt ist Demokratie zu definieren? Was setzt sie voraus, welche Gestaltungsmöglichkeiten erfordert sie? Um die Alternativlosigkeit, die sich in die Köpfe einbrannte, aufbrechen zu können, ist eine Analyse der herrschenden Verhältnisse unerlässlich. Die Umwertung aller Werte, die dem neoliberalen Projekt zugrunde liegt, richtet sich gegen die Freiheit aller, gegen gleiche Bedingungen und demokratische Gestaltung. In ihm gibt es keine Vorstellung mehr von Gesellschaft, es existieren nur noch ungebundene Individuen, jedes für sich selbst verantwortlich. Wer dieser Verantwortung für sich selbst nicht gerecht werden kann, aus welchen Gründen auch immer, hat die Folgen aus eigener Kraft zu tragen, unabhängig von seinen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Die Konsequenzen sind eine weitgehende Vereinzelung und ein Zurückfallen hinter die Prinzipien der Aufklärung, damit die Zerstörung aller Werte, die der Idee der Menschenrechte zugrunde liegen.

Der weit gefassten Linken kommt damit die unerhörte Verantwortung zu, nicht nur den tradierten Wertekatalog zu verteidigen, ihn fortzuführen und zu erweitern, sondern Alternativen zu entwerfen und aufzuzeigen, die mit ganz anderen Demokratievorstellungen einhergehen. Um andere gesellschaftliche Vorstellungen wieder denken zu können, müssen utopische Entwürfe wieder Bedeutung erlangen. Dialektische Denkprozesse sollten in den Vordergrund rücken und uns aufzeigen, einerseits Teil des hegemonialen Systems zu sein, somit viele seiner Denkstrukturen verinnerlicht zu haben, andererseits es in ausreichender Distanz analysieren zu müssen, um ihm Werte und Haltungen gegenüberstellen zu können, die Perspektiven eröffnen.

Mit dem Aufzeigen wahrhaft umgestaltender Prozesse wird ermöglicht, alle bisher als Wahrheit und Tatsache tradierten Ansichten zu hinterfragen, ihnen andere Werte und Ziele entgegenzustellen. Doch werden sie nur die Chance eines Erfolges haben, wenn sie aus der Mitte der Gesellschaft, nicht allein von ihren Rändern kommen. Veränderungsvorstellungen müssen sich aus der gesellschaftlichen Praxis heraus entwickeln, müssen weite Teile erfassen, sonst wäre ein katastrophaler, weil zu Resignation führender Verlauf schon inbegriffen. Vor allem muss ein Bewusstsein erwachsen, dass eine Utopie niemals etwas Statisches ist und Zukunftsvorstellungen einem ständigen Entwicklungsprozess unterworfen sind. Genauso notwendig für eine erfolgreiche, lebendige Entwicklung ist ein Bewusstsein darüber, dass gesellschaftliche Veränderungen von der Selbstveränderung der Einzelnen abhängig sind. Nur wo Veränderungsmöglichkeiten gedacht werden, können Veränderungsfähigkeiten entstehen.

Nachdem der KBD im ersten Jahr (2006) mit dem Thema »Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung« sich vornehmlich der Analyse zuwandte, beschäftigt er sich fortan mit einem möglichen Konzept von Perspektivenentwicklung: »Globale Soziale Rechte«. In diesem zweiten Band des KBD (2007) wird das Thema dokumentiert: *Globale Soziale Rechte (GSR) als emanzipatorische Aneignung universaler Menschenrechte (MR)*.

Wo wollen wir hin? Global. Wo Menschen Widerstand leisten, sich aktiv einsetzen, um politische und gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern, rekurrieren sie immer wieder auf grundsätzliche Rechte, die ihnen und anderen vorenthalten werden. Das »Recht auf Rechte« nistet im Alltagsverstand. Doch wie kann dieser universale Menschenrechtsgedanke in konkreten emanzipativen Bewegungen in unterschiedlichen Verhältnissen angeeignet werden? Die Idee der Menschenrechte wurde aus dem Übergang vom Feudalismus in den Kapitalismus genutzt, um vor allem den Eigentumsbegriff in sehr spezifischer Weise festzuschreiben, da dieser Voraussetzung kapitalistischer Produktionsweise ist. Doch weisen die Menschenrechte weit darüber hinaus

und es gilt, diese Verkürzung offenzulegen, um ihren utopisch-normativen Gehalt wieder freizulegen. Gleichzeitig gewinnen die MR mit Aneignungspraxen, mit denen sie im Konzept Globaler Sozialer Rechte (GSR) über ihr derzeitiges Verständnis hinauswachsen, einen erweiternden Charakter.

2007 ging es schwerpunktmäßig also um die Frage, ob der Begriff der Menschenrechte in Zeiten »humanitärer« Kriege noch tragfähig sein könnte, und wenn ja, wie? In welchem Spannungsverhältnis stehen Menschenrechte und G(S)R? Ist der an Konjunktur gewinnende Begriff »Globaler (Sozialer) Rechte« geeignet, strategische Zielsetzung und konkrete politische Aktionen zusammenzuführen wie auch vorwärtszutreiben? Aus der Perspektive bewegungsorientierter linker Strömungen wird dies sowohl in theoretischen Auseinandersetzungen als auch an konkreten politischen Feldern überprüft und entwickelt.

Das Konzept GSR eröffnet damit eine Perspektive, die gerade in der Auseinandersetzung mit Zweifelnden – in diesem Band durch Wolf-Dieter Narr und Alex Demirović dargelegt – zu konkreterer Gestalt gelangen könnte. Alex Demirović kritisiert, das Konzept führe nicht weiter, weil es ihm an Konkretion fehle und es deshalb in der Beliebigkeit stecken bliebe. Doch bleibt mit dem Widerspruch umzugehen, wie radikale Demokratie zu leben wäre, würden die Ziele als konkrete Vorstellungen vorgegeben. Diesen Widerspruch versucht das Konzept GSR aufzufangen, indem es nur den Rahmen absteckt, die Inhalte zu finden aber dem konkret politischen Such- und Bewegungsprozess überlässt. Wir hoffen, mit dieser ersten Publikation zu dem Konzept GSR einen ersten Einblick in den Spannungsbogen der Auseinandersetzungen zu bieten.

Unser *Dank* gilt allen, die dazu beigetragen haben, dieses Projekt möglich werden zu lassen. Für inhaltliche und gedankliche Unterstützung gilt unser Dank vor allem Mario Candeias von der »Rosa-Luxemburg-Stiftung«. Der öffentliche Auftritt des KBD wäre ohne unseren Graphiker Jonas Schmidt und unseren Webmaster Rainer Halbmann nicht denkbar. Das Zustandekommen dieser Publikation ist der geduldigen Unterstützung, trotz einer Reihe von Widrigkeiten und Problemen, durch Christoph Lieber aus dem VSA-Verlag zu danken. Das alles zu ermöglichen aber setzte eine finanzielle Unterstützung voraus, für die wir der »Rosa-Luxemburg-Stiftung«, der »Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt« sowie der Abteilung Jugend des »DGB Berlin-Brandenburg« zu herzlichem Dank verpflichtet sind.

Berlin, im Oktober 2008

*Roland Klautke
Brigitte Oehrlein*

Brigitte Oehrlein

Politische Bedeutung des Konzepts Globale Soziale Rechte

I. GSR-Debatte

1. Das Konzept GSR als Wegweiser einer »anderen« Welt

Für die einen bietet das Konzept »Globale Soziale Rechte« eine Art Leitbegriff, unter dem sich, ähnlich wie einst unter dem Begriff »Demokratischer Sozialismus«, verschiedene Strömungen der Bewegung wiederfinden.

Für andere ist es der Oberbegriff einer Debatte, innerhalb derer vor allem die Widersprüche zwischen den verschiedenen Spektren diskutiert und offengelegt werden, um sich anschließend in einem länger dauernden Prozess annähern zu können.

Für wieder andere hat der Begriff »Globale Soziale Rechte« die Funktion eines vorläufigen Dachs, unter dem sich Akteure zu politischen Auseinandersetzungen mit konkreten Forderungen zusammenfinden, um gemeinsam etwas in Bewegung zu bringen, ohne das angestrebte Endziel bereits genau definiert zu haben.

Einigkeit besteht lediglich in dem Ziel, sich bedingungslose Grundrechte aneignen zu müssen, um eine partizipative, gerechtere und demokratische Gesellschaft zu ermöglichen, in der es dem Individuum durch Entfaltungsrechte ermöglicht wird, sich als selbstbestimmten Teil der Gesellschaft zu erleben. Dadurch wird jetzigen Akteuren gemeinsames Handeln ermöglicht, ohne faule Kompromisse eingehen zu müssen. Der verbindende Grundsatz dabei lautet, es geht nicht darum, darauf zu warten, dass diese Rechte gewährt werden, sondern darum, sie sich anzueignen.

Unbestreitbar kommt die Debatte um GSR aus dem Bewegungsspektrum, um zu einem spektrenübergreifenden politischen Konzept zu gelangen. In der Auseinandersetzung zu diesem Ziel hin ist entscheidend, sich Widersprüchen zu stellen, um so Gemeinsamkeiten wie auch Trennendes ausmachen zu können. Der Kampf um das Recht, Rechte zu haben, könnte zum gemeinsamen Kristallisationspunkt konkreter Kämpfe politischer Akteure und Menschenrechtlern, Migranten und Arbeitnehmern, NGOs und Bewegungen werden.

Wichtig erscheint, theoretische Grundlegung mit praktischer Intervention zu vernetztem Handeln von Theorie und Aktion wirksam zu verbinden. Dafür

ist mit Texten und Veranstaltungen zu dem Themenkomplex eine spektrenübergreifende Debatte zu initiieren bzw. weiterzuentwickeln, zu welchem Ziel linke Intervention führen soll, also Richtungsforderungen zu entwickeln, die eine »andere« Welt, ein »besseres« Leben für alle vorstellbar, gleichzeitig aber mit konkreter Aktion linke Intervention wirksam werden lassen.

Das sich hierfür bietende Themenspektrum GSR umfasst den dafür notwendigen Spannungsbogen von Gerechtigkeit und Freiheit in individueller wie gesellschaftlicher Ausgestaltung. Damit geht es um Begriffe und deren Umsetzung wie Partizipationsmöglichkeiten und demokratische Ausgestaltung auf gesellschaftlicher Ebene unter global auf Ausgleich bedachten Bedingungen, bei möglichst vollständigen Emanzipationsbedingungen des Individuums. Dabei geht es darum, Möglichkeiten zu schaffen, sich (Menschen) Rechte auf eine Weise anzueignen, dass sie zum bedingungslosen Entfaltungsrecht aller werden, unter Einbeziehung der offensichtlichen Interessenwidersprüche und der daraus erwachsenden Ungerechtigkeiten auf globaler bis hin zur individuellen Ebene. Mit einer notwendigen Aneignung zwar legitimer Menschenrechte, deren Gewährung dennoch verhindert wird, da sie den Interessen der Machtausübenden des globalen kapitalistischen Herrschaftsbereiches widersprechen, sobald der ihnen innewohnende Freiheitsbegriff für jedes Subjekt mit gleicher Gewichtung ausgelegt wird, werden Vorstellungen des Rufes nach einer »anderen« Welt konkret vorstellbar.

Aus mehreren Gründen gewinnen GSR derzeit in der linken Öffentlichkeit zunehmend an Gewicht:

1. Als Thema werden sie zum Fokus für kapitalismuskritische bis linksradikale Spektren in unterschiedlichsten Organisations- oder Vernetzungsformen. Damit scheint eine Möglichkeit des Bezuges dieser recht unterschiedlichen Spektren aufeinander eröffnet zu sein.

2. Ihr strategisches Potenzial wirkt überzeugend, weil sie die Widersprüche aller sozialen Kämpfe einschließen und zu ihrer Analyse herausfordern, doch auch dazu auffordern, nicht dabei stehen zu bleiben, sondern Ziele einer angestrebten Emanzipationspolitik auszuformulieren.

3. Sie fordern ständig dazu auf, den national begrenzten Blickwinkel zu verlassen, da die Analysen nur stimmig werden, wenn der globale Zusammenhang erfasst wird. Statt auf eine weltverändernde Handlungsmöglichkeit warten zu müssen, halten die GSR zu globalem Denken, aber lokalem Handeln an.

4. GSR fordern *bedingungslose* Teilhabe/-nahme ein. Das Zentrum liegt in der bedingungslosen globalen Rechteeinforderung. Werden sie nicht gewährt, müssen sie angeeignet werden. Alle Themenfelder werden aus

globaler Sicht erfasst und bedenken stets die Notwendigkeit eines gerechten Nord-Süd-Ausgleichs unter Einbeziehung von:

- ökologischen Erfordernissen
- Ernährungssouveränität
- Gesundheit/Daseinsvorsorge/soziale Infrastruktur
- Gestaltung gesellschaftlicher Arbeit und Produktion
- Nachhaltigkeit/ökologische Gerechtigkeit
- Migration/Bewegungsfreiheit
- Abschaffung jeglicher Repression => Vielfältigkeit der Lebensformen

5. Globale (Soziale) Rechte beziehen sich stark auf den Menschenrechtsgedanken, gehen aber über ihn hinaus, da sie sich nicht an eine staatliche oder überstaatliche Organisation richten, um sich Rechte gewähren zu lassen, sondern zu aktiver Aneignung als legitim erkannter Rechte auffordern. Da Rechte immer zugleich allen und jedem einzelnen Individuum zustehen, ermöglicht ein handlungsorientierter Diskurs dieses Themas das Zusammendenken kollektiver Prozesse bei Förderung individueller Freiheit.

So scheint eine Auseinandersetzung auf Grundlage bedingungsloser Grundrechte neue Möglichkeiten zu eröffnen, dem strategischen Potenzial einer globalen Perspektive näher zu kommen.

Schließlich verlangt dieses Konzept einer längerfristigen Perspektive nicht nur nach nachvollziehbaren Vorstellungen, was eine andere Welt ausmachen könnte, sondern vor allem das Zusammendenken bisher auseinanderfallender Antworten auf all die Krisen und Widersprüche, die nicht nur der neoliberale Kapitalismus produziert: Es verlangt nach Alternativen zu der ökonomischen Vorteile wegen rücksichtslosen Ausbeutung menschlichen Lebens und aller natürlicher Vorkommen wie fossiler Energien, des Wasservorkommens oder biologischer Diversität, wie auch ein Zusammendenken der Widersprüche ökologischer Einschränkungsnöwendigkeiten mit den Forderungen nach Entfaltungsmöglichkeiten aller. Genauso erfordert es nachvollziehbare Vorstellungen, das Soziale wieder zu stärken, um dem Einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten bieten zu können.

Besonders aus dem Blickwinkel globaler Sichtweisen folgt die Notwendigkeit, innere Zusammenhänge gegensätzlich wirkender Interessen aufzuzeigen, wie z.B. die Folgewirkungen ökologischer Verwüstungen der Klimakatastrophe und die Zunahme von Migrationsbewegungen, während eine gerechtere Verteilung der Ressourcen den meisten Menschen ein »Recht, zu bleiben«, ermöglichen würde.

Ein Konzept, das auf der Forderung bedingungsloser Rechte beruht, würde den sozialen Umgang mit diesen Problemen von ganz anderen Werten bestimmen lassen. Wo der Wert individueller Entfaltung in den Vordergrund

rückt, wo es um global gerechte Verteilung gesamtgesellschaftlich erarbeiteten Reichtums geht, wo es um gleiche Chancen bei Vielfalt unterschiedlicher Lebensweisen geht, wo es um Emanzipation aller und größtmögliche demokratische Partizipation aller gesellschaftlichen Lebensbereiche geht, dort kann es nur um Rahmenbedingungen gehen, die unablässig demokratisch neu auszugestalten sein müssen. Dieser Rahmen muss allgemeingültig, also universal sein.

Dieses Konzept fordert damit geradezu heraus, nicht bei theoretischen Entwürfen abstrakter alternativer Vorstellungsentwicklungen stehen zu bleiben, sondern in kontinuierlicher Auseinandersetzung mit der Frage zu stehen, welche Lebensverhältnisse jeder Einzelne eigentlich anstrebt.

Dieser Frage kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie eine wesentliche Chance eröffnet: Sie bietet eine dialektische Form, das Individuum nicht im gesellschaftlichen Subjekt untergehen zu lassen, sondern die Wichtigkeit seiner Subjektivität herausstellen zu können. Dies bietet die Voraussetzung, emanzipativen Prozessen Raum zu schaffen!

2. Globale Soziale Rechte – Menschenrechte

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges wurde für zahlreiche Bewegungen die Menschenrechtsfrage zu dem Feld, das Forderungen nach politischer Veränderung einen global nachvollziehbaren Bezug gab, da die Idee von Rechten aller Menschen weltweit verstanden wurde. Die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in den USA ist hierfür ein beredtes Beispiel. Politische Kämpfe um Befreiung als Kämpfe für Menschenrechte zu proklamieren, wurde zum bestimmenden politischen Emanzipationsmodell. Damit gewannen die Menschenrechte, die durch ihre Nationalisierung zu Bürgerrechten wurden, endlich das Bewusstsein, ausnahmslos Rechte aller Menschen zu sein. Sie wurden so zunehmend von einer Idee ohne reale Verwirklichungsmöglichkeit zu einer real erhobenen Forderung, doch scheitert ihre Verwirklichung an den realen ökonomischen Verhältnissen, die einem Rechtssystem im Sinne bedingungsloser Rechte für alle Menschen immer wieder entgegenstehen. Damit steht die Idee der MR in einem nicht auflösbaren Widerspruch. Es gibt keine Institution, die für ihre Einhaltung verantwortlich zu machen wäre. Fehlt Herrschaftsinstanzen das Interesse, für Gerechtigkeit, Freiheit und Verantwortlichkeit der Rechte aller Menschen zu sorgen, so fehlt den Menschen der Ort, die Möglichkeit, ihre Umsetzung einfordern zu können. Hieraus ergibt sich die Forderung GSR: sich legitim erkannte Rechte anzueignen, sobald sie verwehrt werden.

II. Bedingungslosigkeit als konkrete Utopie

1. Utopie und Bedeutung des Individuums

Hinter jeder Utopieentwicklung steht die Frage, wie wir leben wollen. Welche Bedeutung, welchen Stellenwert hat in bisherigen, für uns wichtigen utopischen Modellen das Individuum? Welche Bedeutung kommt in gegenwärtigen theoretischen Überlegungen dem Utopischen zu? Welche utopischen Elemente enthalten gegenwärtige Versuche in linken Zusammenhängen, Alternativen aufzuzeigen? Konkret: Wieviel Utopie steckt in dem Begriff Globaler (Sozialer) Rechte [G(S)R]? Das wiederum führt unmittelbar zu der Frage des Stellenwertes des Individuums in linken Vorstellungen.

In den beschriebenen Fragestellungen bedeutet »links« vor allem ein Verständnis emanzipatorischer, selbst- statt fremdbestimmter Findung von Tätigkeitsmöglichkeiten des Einzelnen, die Partizipation und ein befriedigendes, da selbstbestimmtes, aber herausforderndes Leben ermöglicht, um in einem andern Vergesellschaftungsprozess Produktion gesellschaftlichen Reichtums herzustellen, außerhalb kapitalistischer Verwertungs- und Erwerbsarbeitsbedingungen. Es gilt also die Balance herauszufinden zwischen den Möglichkeiten eines, nach individuellen Gesichtspunkten befriedigenden Lebens und den Notwendigkeiten, soziale Sicherheit für alle in gemeinsamem gesellschaftlichem Handeln herzustellen.

Soll diese Ansicht – es sind ganz andere als die gegenwärtigen Bedingungen nicht nur denkbar, sondern auch durchsetzbar – Schubkraft gewinnen, müsste »linkes« Verhalten auch beinhalten, anderes Verhalten miteinander schon im Hier und Jetzt dem bekämpften gegenwärtigen gesellschaftlichen Sein entgegenzusetzen.

Das fordert neben präzisen Analysen der gegenwärtigen Strukturen auch ständige Reflektion eigenen Verhaltens. Es reicht eben nicht, Macht- und Herrschaftsstrukturen im gegenwärtigen real existierenden neoliberalen Kapitalismus zu analysieren, es erfordert ebenso zu betrachten, wie sich diese Strukturen in unserem eigenen Verhalten niederschlagen, da kein Individuum unbeeinträchtigt von gesellschaftlichen Widersprüchen bleibt.

Wie weit ist auch unser Handeln schon wieder von dem, im Neoliberalismus bereits Hegemonie erlangten »Führungsprinzip« (Eliten) geprägt? Wo verbleibt unsere Forderung nach emanzipatorischer, basisdemokratischer, horizontaler Entwicklung von politischer Aktion? Schlich nicht längst in viele, auch »linke« Köpfe schon wieder die Vorstellung, es bedürfe einiger Vordenker, die die Richtung der »Masse« vorzugeben haben? Wo immer wenige sich berufen fühlen, anerkannt von der Mehrheit die Richtung vorzugeben, herrschen Elite- oder Kadervorstellungen.

Welcher Stellenwert wird in eigenen Zusammenhängen dem Wert des Fehlers zugeordnet? Ist nicht auch im täglichen politischen Agieren hauptsächlich durch Mut zum Risiko aus fehlerhaftem Verhalten zu lernen? Wird nicht auch in linken Zusammenhängen das Leben immer starrer, weil Fehler zu begehen einander viel zu wenig zugestanden wird? Verwehren nicht auch Linke ihren eigenen Leuten, sich auszuprobieren, um durch Fehler lernen zu können? Wie schnell sind auch sie mit Zuordnungen von krank/gesund bzw. normal/gestört bei der Hand, ohne zu reflektieren; psychisches Erleben ist schlicht vielfältig, der gesellschaftliche Normbegriff aber abhängig von einem Wertekanon, der hinterfragt werden muss.

Wo blieben, auch unter »Linken«, wahre Vorstellungen von »Solidarität«? Nicht als Vorstellung, den Einzelnen zu befähigen, zum eigenen Gruppendenken besser beitragen zu können, sondern als Gruppe ihn zu unterstützen, seinen ganz individuellen Bedürfnissen näherkommen zu können, da Verantwortung als Ziel immer das Individuum im Blick haben sollte. Das Individuum hat seine Bedürfnisse nicht der Gesellschaft, nicht dem Zusammenhang unterzuordnen, sondern die Gesellschaft, der Zusammenhang sollte das Ziel verfolgen, Voraussetzungen zu schaffen, die jedem einzelnen Individuum ermöglichen, seine ihm eigene Würde zu leben.

Beeinflusst und formt gesellschaftliches Sein Vorstellungen und Bedürfnisse des Einzelnen, wie kommen dann ganz andere Vorstellungen, was auch möglich sein könnte, zustande? Wie kann es auch dem Einzelnen möglich werden, anderes zu denken als es der Mainstream vorgibt? Wie wird Offensein für Anderes ermöglicht, um in der Vielfalt das Eigene ausmachen zu können, um das eigene Sein und Leben nicht als gegeben hinzunehmen, sondern es kritisch reflektieren zu können, womit selbstverständlich auch gesellschaftliche Strukturen zu hinterfragen wären. Auf diese Weise könnten Zusammenhänge individuellen Erlebens und kollektiven Vorgehens, bei Achtung aller individuellen Bedürfnisse, hergestellt werden.

Bei der Auseinandersetzung aller Themen bleibt stets im Vordergrund, die Analyse kritisierter Verhältnisse muss vor der Entwicklung möglicher Alternativen stehen, aber auch Kritik ohne Alternativentwicklung führt ins Leere. Jedes Thema schließt also beides ein, Kritik (Analyse) und Entwicklung alternativer Vorstellungen, um langfristig dem Entwurf eines Utopiemodells näher zu kommen. Jede Veränderung ist zwangsläufig an Vorstellungen von Utopie gebunden, weil nur sie Richtungsforderungen, Zielvorstellungen zulässt. In Zeiten, in denen die Vorstellungen des Kommunismus als ein utopisches Moment anerkannt war, gab es noch lebendige Bewegung in veränderlichen Formen.

2. Utopie und Emanzipation

Um kämpfen zu können, bedarf es vor allem einer Vorstellung, wofür eigentlich zu kämpfen sich lohnt. Ohne utopischen Überschuss, ohne Vorstellungen alternativer Gesellschaftszustände, ohne Ziel, wo ein Kampf hinführen soll, ist kein Engagement zu entwickeln. Die These der Alternativlosigkeit des Neoliberalismus erlangte genau in dem Moment gesellschaftliche Hegemonie, als die Linke sich die Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus zerschlagen ließ, ausgerechnet in der historischen Situation, als der staatsautoritäre Realsozialismus zu Grabe getragen wurde.

Der Verlust der Utopie führte zur Flucht in den Pragmatismus. Seinem Ruf nach Re-Regulierung fehlt jedes utopische Moment, da er im System gefangen bleibt, statt es zu überwinden. Keine negative Wertvorstellung des Systems setzt er außer Kraft. Er lässt keinen Platz für Werte, die einen anderen Umgang miteinander ermöglichen.

Im Gegenteil: Wird das System aushaltbar gemacht, indem es Wege weist, existenzielle Not zu verhindern, ordnen sich alle willig den Forderungen und der Kontrolle unter, um der Not zu entgehen. Hier wird nicht für Verelendung plädiert, gewiss nicht, hier wird aber für einen Ausstieg aus der Denkweise dieses Systems plädiert.

Es kann nicht darum gehen, dem System hier und dort ein paar Euro mehr zu entlocken, es muss darum gehen, mit unermüdlicher Aufklärung, sprich Analysen und Forderungen, die in Bildungsangeboten nachvollziehbar dargeboten werden, einer Denkweise Vorschub zu leisten, die einen Spannungsbogen erzeugt, der Energie hervorruft, das Risiko einzugehen, sich außerhalb des Vorgegebenen zu wagen. Wird ein solcher Sprung gewagt, entsteht dieser utopische Überschuss, der jeden Einzelnen fühlen lässt, das Vorgegebene ist nicht zwangsläufig, es sind Lebensformen denkbar, die ein wirklich lebenswertes Leben ermöglichen.

Damit geraten Menschen sich selbst nahe, wagen in sich hineinzuhören, wie sie sich ein Leben vorstellen würden, das selbstbestimmtes Sein zuwege brächte. Plötzlich spürten sie ihre Eingegrenztheit, gleichzeitig ihre Wünsche und Sehnsüchte nach etwas ganz Anderem. Steht alles Vorgegebene in Frage, öffnen sich die Tore zu anderen Vorstellungen.

Mit der Menschenrechtsdebatte, ohne die das Konzept GSR nicht denkbar ist, wird die Würde des Individuums in all seinen Ausprägungen und Bedingungen zu einem Fokus, der jedoch niemals ausblendet, dass der Mensch ein soziales Wesen ist und damit trotz größtmöglicher innerer Unabhängigkeit immer abhängig vom sozialen Miteinander bleibt. Dieses soziale Miteinander aber ist immer so zu gestalten, dass dem Individuum möglichst vollständige Entfaltungsmöglichkeit geboten wird! Schließlich

kann nur so das gesellschaftliche Miteinander zu höchster Produktivität der Gesellschaft wie des Einzelnen führen.

Diesen Zustand gilt es zu erzeugen! Das Konzept Globaler Sozialer Rechte könnte eines sein, das ein Ziel dieses Weges vorgibt.

3. Recht und Gerechtigkeit

Rechtssetzung steht Gerechtigkeit oft im Wege. Rechtsgleichheit muss verhindern, dass Mehrheiten sich eine Definitionshoheit über Recht und Unrecht aneignen können. Trotzdem wird als Problem bestehen bleiben, dass mit einer Kodifizierung von Rechten, mit der Forderung nach Allgemeinheit der Rechte, Gerechtigkeit auch wieder eingeschränkt wird, da eine individuelle Einzelfallbetrachtung ausgeschlossen wird. Dem Individuum kann aber nur Gerechtigkeit widerfahren, werden seine individuellen Bedingungen und Voraussetzungen in eine Beurteilung einbezogen. Vor allem ist mit formaler Rechtsgleichheit noch keine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnissen herbeizuführen. Rechtssetzung hat ein sehr widersprüchliches Gesicht:

Einerseits bietet sie eine verlässliche Struktur zur Überwindung von Ungerechtigkeit; da Rechtsnormen jedoch für alle gelten sollen, können sie den Besonderheiten des Einzelfalls nicht gerecht werden, außerdem ist ihre Auslegung und Anwendung immer auch ein Herrschaftsinstrument. Das verlangt nach Aneignung von Rechten, sobald durch Definitionsmacht Minderheiten unterdrückt werden.

4. Bedingungslosigkeit und Repression

Jegliche Forderung nach Bedingungslosigkeit steht konträr zu Wertesystem und Denkweise des Kapitalismus. Die Werte, die kapitalistischer Denkweise zu Grunde liegen, die die Sozialisation der auf ihm beruhenden Gesellschaftssysteme vermitteln und darüber Denken und Fühlen ihrer Mitglieder beeinflussen, verlangen als angeblich unbedingt erforderlich ein ständiges Aufrechnen von Input und Output, von Leistung und Gegenleistung.

Dieses Denken aber ist unvereinbar mit der Forderung nach Bedingungslosigkeit. Die Menschenrechte jedoch leben von dem Gedanken, Rechte nicht an Pflichten zu binden.

Bedingungslosigkeit verlangt nach grundsätzlich anderer Lebensweise und Lebensgestaltung, vor allem nach Repressionsfreiheit. Ich behaupte jedoch, der Gedanke der Notwendigkeit repressiver Maßnahmen erscheint kapitalistischem Denken als unabänderlich, da er ihm immanent ist.

Schon jeglichem Gesetzssystem (anders als einem Katalog bedingungsloser Grundrechte) ist der Gedanke von Repression immanent. Wer gegen eine Regel verstößt, muss sanktioniert werden. Entweder in Form von

Geldstrafen oder in Form von Freiheitsentzug, der alle Grundrechte außer Kraft setzt.

Ist diese Vorstellung mit denen einer anderen Welt vereinbar? Aus meiner Sicht nicht, deshalb müsste es im Zuge politischer Intervention möglich werden, diese angeblichen Grundbedingungen menschlichen Miteinanders grundsätzlich in Frage zu stellen.

Soll Individuen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit im Rahmen des gesellschaftlichen Miteinanders zukommen, wäre ihnen auch das Erkennen einer Mitverantwortlichkeit gegenüber dieser Gesellschaft zuzutrauen. Diese Verantwortlichkeit ermöglichte, gänzlich andere Wege zu beschreiten. Zwei unsystematische Beispiele, nur um aufzuzeigen, worum es geht:

Warum lässt sich nicht hinterfragen, ob Gerichtsverfahren demokratisch seien? In ihnen geht es um Ver-Urteilung, um eine allwissende Institution, die nicht nach Verstehen sucht, kein Zutrauen hat, Menschen könnten in wahren Verhandlungs-Prozessen selbst zu der Ansicht ihres Fehlverhaltens gelangen und Angebote einbringen, wie sie sich eine Veränderung ihres Fehlverhaltens vorstellen.

Welchen Sinn kann Strafe überhaupt haben, erst recht aber eine, die Menschen aus der Gesellschaft ausschließt, unter Aberkennung ihrer Grundrechte, sie zudem noch mit Aberkennung bestimmter Rechte zu immerwährend Stigmatisierten stempelt, während ihnen vorgeworfen wurde, sich nicht integriert zu haben. Gibt es einen Punkt, an dem Bedingungslosigkeit enden kann?

Wo beginnt, wo endet Eigenverantwortlichkeit? Diese Frage umfasst die nach dem freien Willen, die zu beantworten das Menschenbild begründet, das wiederum die Vorstellung der zu erzielenden Gesellschaftsform beeinflusst.

Doch welches Menschenbild zwingt uns der Kapitalismus auf? Bevor das nicht von jedem Einzelnen zu beantworten ist, behaupte ich, werden wir nicht zu tragbaren anderen Gesellschaftsvorstellungen gelangen.

5. Menschenrechte bleiben – ohne Garantie materieller Basis – leere Ideale

Die Frage nach dem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) trennt nicht umsonst Spektren! Auch hier geht es um die Frage der Bedingungslosigkeit, jedoch in einer noch nicht ganz so grundsätzlichen Form. Dennoch hinterfragt auch sie die dem Kapitalismus immanente Denkweise in grundsätzlicher Form. Der Mensch hat seine Arbeitskraft unter Marktkriterien auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. Ihr Wert wird nach nicht wirklich nachvollziehbaren Kriterien kapitalistischer Verwertungslogik bewertet und eingestuft. Damit kommt dem Menschen kein bedingungsloses Lebensrecht zu, sondern nur

eines, wenn er nach eben nicht nachvollziehbaren Kriterien der Wirtschaft (nicht dem Miteinander der Menschen) etwas beiträgt, aus dem dann Dritte einen ihnen nutzbaren Profit ziehen können, die wiederum nach freien, nicht gesellschaftlich beeinflussbaren Kriterien etwas von diesem gesamtgesellschaftlich erarbeiteten Profit in die Wirtschaft investieren. Was an diesem Vorgang ist als demokratisch zu bezeichnen? Kann es demokratisch sein, wenn Menschen gezwungen werden, sich selbst aufzuteilen, um nur einen Teil von sich zu verkaufen, damit gezwungen werden, sich willenlos unterzuordnen, sich fremdbestimmen zu lassen, um aus dieser Fremdbestimmung den finanziellen Anteil ziehen zu können, der ihnen ein Überleben ermöglicht? Hier wird ihnen jede Partizipationsmöglichkeit entzogen, um gemeinsam gestalten und entscheiden zu können, wie sie leben wollen, welche Produkte sie dafür benötigen, wie diese produziert werden sollen und was der Nachhaltigkeitsgedanke überhaupt zulässt.

Sich seinen Lebensunterhalt verdienen zu müssen, fordert schon im Begriff das »Dienen«. Der Begriff »Erwerbsarbeit« desavouierte den Begriff »Arbeit«, wer verbindet mit ihm noch produktives Tätigsein, das, wonach jeder Mensch streben würde, wäre er nicht in Zwangsverhältnisse eingebunden, die sich ihm selbst fremd werden ließen. Geht die Erwerbsarbeit im Sinne von Warenproduktion durch Rationalisierung und fehlender Möglichkeiten weiterer Bedarfserzeugung auch relativ zurück, so wird gesellschaftlich notwendige Arbeit immerwährend im Überfluss vorhanden sein.

Warum soll den Menschen nicht zuzutrauen sein, demokratisch und emanzipatorisch nach Möglichkeiten suchen zu können, die Bedingungen einer Gesellschaft auf eine Weise zu strukturieren, dass Selbstentfaltung bei Verantwortungsübernahme für das Funktionieren des gesellschaftlichen Miteinanders möglich wird, ohne jegliche Drohung von Zwangsmaßnahmen? Der Mensch, als soziales Wesen, ist abhängig von der Anerkennung seiner Tätigkeit. Warum sollte es nicht möglich sein, die zwangsausübende Verbindung von Einkommen und produktivem Tätigsein vollkommen zu entkoppeln? Warum lassen sich die Menschen von der Denkweise des Kapitalismus jedes Zutrauen in menschliche Fähigkeiten und Möglichkeiten nehmen?

Selbst die Funktion des Geldes wäre kritisch zu bedenken. Ein bedingungsloses Grundeinkommen in Geldform ist nicht als Menschenrecht zu denken. Das Menschenrecht bedingungsloser Teilhabe und Teilnahme ist nur so lange an Geld gebunden, wie die gesellschaftliche Verteilung von Produkten an Geld gebunden ist. Sobald für kostenlose Infrastruktur gesorgt würde, schmälerte sich die Bedeutung des Geldes.

Nur wenn Menschen keine Sorge erleben, wie ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen sein könnten, wüchse die Möglichkeit, Kreativität

und Einflussnahme auf Gesellschaftsgestaltung zu leben. Somit entstände individuelle Bereicherung durch Selbstbestimmung und gesellschaftliche Bereicherung durch konstruktive Tätigkeit aller.

III. GSR als alternative Lebensverhältnisse/Lebensformen

1. Verhältnis gesellschaftlicher und individueller Veränderung

GSR (wie auch MR) fordern außerdem geradezu dazu heraus über das Verhältnis von gesellschaftlicher und individueller Veränderung, von dem Recht auf gesellschaftliche und individuelle Freiheit, auf gesellschaftliche und individuelle Entwicklung nachzudenken! Schließlich fordern sie bedingungslos würdige Lebensverhältnisse für ausnahmslos jedes Individuum.

Jeder soziale Zusammenhang (Kollektiv) kann dem Einzelnen ausschließlich nur dann Halt und Entwicklungsmöglichkeit bieten, wenn er auf Freiheit und Achtung jedes einzelnen Zugehörigen beruht. Immer hat es um Einfühlbarkeit in individuelle Bedingungen zu gehen, um eine gefühlte Weite der Möglichkeiten herzustellen, damit einengender, Entfaltung verhindernder Atmosphäre entgegengewirkt werden kann.

Gleichheit kann kein Ziel sein, sondern gleiche Ausgangschancen, gleiche Bedingungen, um gelebte Vielfalt zu ermöglichen.

Indem im Hier und Jetzt der zwischenmenschliche Umgang miteinander hinterfragt wird, lassen sich viele fragwürdige, jedoch als Selbstverständlichkeiten vorausgesetzte Bedingungen erkennen, die auf Werte, Regeln und Normen zurückzuführen sind, die dieses System tragen. Wird ihre Fragwürdigkeit erkannt, erschließen sich Zusammenhänge, die neue Denkmöglichkeiten eröffnen und damit Alternativen vorstellbar werden lassen. Um diese Alternativen reizvoll erscheinen zu lassen, muss ein Bezug zu dem alltäglich gelebten Leben herstellbar sein, um sie möglichst sofort darin einbeziehen zu können. Diese Einbeziehung wäre die Türöffnung zu einer Veränderung. Und zwar – mit dem Beginn der Hinterfragung von herrschenden Werten und Normen – auf individueller Ebene nicht weniger als auf gesellschaftlicher Ebene. Denn glaubhaft und damit nachvollziehbar wird Kritik nur dann, wenn anderes Verhalten vorgelebt wird.

Genau das machte in den 1970er Jahren den Reiz der Ökologie- und Frauenbewegung aus, sie eröffneten im Hier und Jetzt das Leben anderer Umgangsformen, die etwas von der Utopie, die angestrebt wurde, erkennen ließen. Das geforderte »andere« Leben wurde gelebt und damit angeeignet, die Hindernisse des geltenden Regelapparates wurden ungefragt genommen.

Selbst in der Anfangszeit der Umwandlung von Bewegung zu Partei wurde noch versucht, dieses Moment hinüberzuretten, was sich jedoch als Trugschluss erwies. Mit der Organisationsform Partei begab man sich in die Fußstapfen dieses Systems und wurde von ihm geschluckt, sobald angestrebt wurde, an seiner Macht teilhaben zu wollen.

Auch daraus sollte das Konzept GSR lernen: Solange es um eine Überwindung herrschender Verhältnisse gehen soll, sollten sich Bündnisse und Aktionsformen auf Bewegung beziehen, statt auf Repräsentation. Nur die Bewahrung des notwendigen Abstandes zu Werte- und Normenkatalog und Institutionen des Systems erhalten die Widerständigkeit.

Freiheit verlangt nach Voraussetzungen, jedem Individuum die Möglichkeit zu gewähren, sich seinen inneren Möglichkeiten gemäß entwickeln zu können, ohne Einschränkungen und ohne gesellschaftlichen Erwartungsdruck, durch Bereitstellung vielfältigster Entwicklungsbedingungen z.B. existenzieller Sicherung, Mobilität und uneingeschränkter Bildungsmöglichkeiten!

Reicht aber ein politischer Ansatz allein aus, diese Gesellschaft zu verändern? Ist nicht gleichberechtigt ein individueller Ansatz notwendig miteinzubeziehen, da Gesellschaft immer auch Summe von Individuen ist, somit nachhaltig nur zu verändern sein wird, wenn sich jedes Individuum verändert und bewegt? Steht diese Wechselwirkung nicht außer Frage? Bedarf eine Bewegungsphase nicht immer Individuen, die nicht nur bereit sind, gesellschaftliche Zustände zu kritisieren, sondern auch, eigene eingeschliffene Verhaltensweisen zu verändern? Je radikaler diese Veränderungsbereitschaft greift, umso weitgehender wird der gesellschaftliche Einfluss sein.

Noch einmal der Bezug auf die Öko- und Frauenbewegung der 1970er und frühen 1980er Jahre, die sich wiederum aus der Studentenbewegung fortentwickelten: Sie lebten einen radikal anderen Umgang im Verhalten mit Vergangenheitsbewältigung, im Geschlechterverhalten, im Verhalten mit Kindern, im Konsumverhalten, auch im Verhalten zur Erwerbsarbeit. Sie nahmen sich das Recht (Aneignung), Vorgegebenes zu hinterfragen und zu anderen Antworten zu gelangen, die anderes Verhalten als notwendig erkennen ließen. Da sie nicht bei Forderungen stehenblieben, sondern sich nahmen, was sie als richtig erkannten, die Alternative zu leben versuchten, konnten sie, trotz aller Fehler, überzeugen.

Damit wäre Bewegung eine Form alternativer Lebensansätze bereits im Hier und Jetzt, die mitreißt, weil sie andere Möglichkeiten aufzeigt. Eine Vernetzung eben aus theoretischen Überlegungen, wo, warum und mit welchen Mitteln die Reise hingehen soll bei möglichst gleichzeitigem konkreten Beginn dieser Reise. Dieser Beginn muss wesentlich mehr sein als Protest

und sollte nicht nur Alternativen aufzeigen, sondern etwas von ihnen konkret leben. Ein anderes Miteinander, einen Ausstieg aus erwartetem Verhalten. Protest allein führt ins Leere, da er motivierte Menschen in Resignation führt, sobald absehbar wird, der Protest bleibt ungehört. Protest als Ausdruck von Ohnmacht richtet sich stets an staatliche Institutionen, die es aber aufgrund der Interessen, die sie von Mehrheitsverhältnissen getragen vertreten, nicht nötig haben, ihn nur zu beachten.

Das je hegemoniale System verlangt nach bestimmten Lebensformen, um seine Voraussetzung bestmöglichst verankern und tradieren zu können. Werden sie in Frage gestellt, werden ihnen Alternativen an die Seite gestellt, beginnt die Hegemonie zu bröseln. Das zeigte sich am Ende des Fordismus, das scheint sich jetzt zu zeigen, wo die Krisen die Hegemonie des Neoliberalismus in Frage zu stellen scheinen. Doch gelang es den neu aufkommenden Formen des Kapitalismus stets, die aufkommenden alternativen Forderungen und Lebensweisen für eigene Ziele zu nutzen.

2. Werte und Normen kapitalistischer Produktionsverhältnisse

Selbstverständlich beeinflussen die hegemonialen Werte und Normen, die ein Gesellschaftssystem ausmachen, jedes Individuum, das in dieser Gesellschaft sozialisiert wurde. Schließlich ist Ziel einer jeden Sozialisation, diese im Über-Ich zu verinnerlichen, sodass sie Handeln und Verhalten im Sinne des hegemonialen Systems verlässlich regulieren. Nur wenn diese verinnerlichten Muster sich vergegenwärtigen lassen, sind sie zu hinterfragen und absichtlich und selbstbestimmt anders auszurichten. Ein anderes Gesellschaftssystem wird erst dann zu denken sein – was Voraussetzung dafür wäre, es auch anstreben und für seine Umsetzung kämpfen zu wollen –, wenn die Einzelnen sich dieser Beeinflussung bewusst werden, sie in Frage stellen und andere Möglichkeiten, andere Wert- und Normsysteme entwerfen, die Voraussetzung einer anderen Gesellschaftsform sind. Das kapitalistische System, bestimmt von dem Streben nach privat anzueignendem Profit, verlangt zwangsläufig Werte, die der Erlangung dieses Ziels entsprechen:

- Konkurrenzdenken, das ein Ellenbogensystem verlangt;
- Egoismus in Form von »haben wollen« statt »Sein« leben zu können, was Unsolidarität erzwingt, da er Rücksichtnahme und Achtsamkeit ausschließt;
- ein Freiheitsbegriff, der immer nur die Freiheit weniger meint, da er einzig auf finanzieller Freiheit beruht;
- Souveränität, die sich gleichfalls auf finanzielle Unabhängigkeit bezieht statt auf individuelle Freiheit, die man erlangt, wenn man sich findet und sich selbst gerecht wird;

- Verantwortungsbewusstsein, das darauf beruht, sich sein Einkommen selbst zu erwerben, statt einem jeden sein existenziell notwendiges Einkommen zu garantieren, damit er in Selbstverantwortlichkeit und Selbstbestimmung sich verwirklichen kann, um mit sinnvoller Tätigkeit die Gesellschaft zu bereichern und von ihr bereichert zu werden.

3. Notwendigkeit anderer Wertefindung

Mitmenschlichkeit, Rücksichtnahme, Achtsamkeit, Verantwortlichkeit für die Folgen eigenen Handelns in Bezug auf andere statt Konkurrenzdenken, Gleichberechtigung statt hierarchische Gesellschaftsausprägungen, Wertschätzung statt Unterordnung und Kontrolle, gemeinsame Zielbestimmung statt Führung und Repräsentation würden eine gänzlich andere Gesellschaftsform hervorbringen.

In ihr würde Bildung nicht zur Ausbildung für die Wirtschaft degradiert, sondern zu einem Prozess, in dem Menschen sich eigener Fähigkeiten und Interessen gemäß Kompetenz aneignen, die sie zu kritischen, also reflexionsfähigen, damit urteilsfähigen Individuen bildet. Menschen, die nicht bereit sind, sich unterzuordnen, weil sie fähig sind, sich Zusammenhänge zu erschließen und damit zu eigenen Einschätzungen und Urteilen zu gelangen. Menschen, die es als Herausforderung betrachten, sich auf Wege zu begeben, die Mut und Anstrengung aberlangen, statt erlauben, sich durch Feigheit und Bequemlichkeit zu einem leicht lenkbaren Gesellschaftsmitglied zu machen. Menschen, die ausreichende Souveränität einbringen, zu ihrer Unvollkommenheit stehen zu können. Die sich bewusst sind, auf soziales Miteinander, also Gesellschaft, angewiesen zu sein, da sie auf Anerkennung und Wertschätzung eigener Fähigkeiten sowie Unterstützung angewiesen sind, da Leben in der heutigen, hochtechnisierten und -spezialisierten Zivilisation immer Abhängigkeit bedeutet.

Nur wer als selbstverständlich betrachtet, auf Hilfe angewiesen zu sein, kann auch selbstlos Hilfe gewähren. Dieses Miteinander macht Solidarität aus, die eine menschenwürdige Gesellschaft erfordert, da nur sie Halt und Orientierung gibt. Halt und Orientierung aber sind die Voraussetzungen wahrer Unabhängigkeit. Schon Goethe wusste, nur wer Wurzeln schlug, kann Flügel wachsen lassen.

Eine Gesellschaftsform, die auf diesen Werten basiert, lässt auch gewaltsame Konfliktaustragungen nicht mehr als Lösung zu. Denken in den Kategorien Freund/Feind, Sieger/Besiegte haben in diesen Strukturen ihre Funktion verloren.

Diese ständige Notwendigkeit, sich in Widersprüchen zurechtfinden, sie produktiv für Ziele nutzen zu müssen, macht dialektisches Denken aus.

Um für eine menschenwürdigere Gesellschaft zu kämpfen, müsste diese Dialektik weiterreichend genutzt werden. Die Widersprüche, die Vielschichtigkeit von Problem- und Konfliktlagen werden nicht ausreichend wahrgenommen. Zu schnell und unreflektiert werden Einschätzungen und Urteile geäußert.

Es geht darum, sich nicht die Fähigkeit nehmen zu lassen, gesetzte Begriffe grundsätzlich zu hinterfragen. Was z.B. sagen Begriffe wie »Armut« und »Reichtum« gegenwärtig aus?

Armut, bzw. Reichtum werden in diesem System ausschließlich auf finanzielle Einkommen bezogen. Sagt allein das nicht schon unendlich viel über das Wertesystem dieser Denkweise aus? Kann Armut oder Reichtum gelebten Lebens sich an der Höhe von Einkommen festmachen? Doch Armut (finanzielle) gilt zunehmend als soziales Ausschlusskriterium, während Reichtum (finanzieller) den sozialen Maßstab bestimmen soll.

Niemals wird in Frage gestellt, ob diese Kriterien an sich nicht schon asozial wirken. Kann sozial sein, wer auf Kosten anderer reich wird? Sind Erleben von Glück, Zufriedenheit, Freude im menschlichen Miteinander, Bildung, Urteilsfähigkeit, Selbstbestimmung, Einflussnahmemöglichkeiten auf die Gestaltung gesellschaftlichen Miteinanders nicht wahre Kriterien von gutem, bereicherndem Leben? Ist das an der Höhe des Einkommens ablesbar? Wer heute nicht weiß, wie er morgen seinen Hunger und Durst stillen könnte, wird sicherlich nicht Freude und Zufriedenheit erleben können.

Wer aber als Hauptsorge betrachtet, wie er sein Vermögen größtmöglich vermehren könnte, wahrscheinlich ebenso wenig.

Verlangt eine andere Welt nicht zuvorderst nach anderen Kriterien für Armut und Reichtum? Nach Vorstellungen, wie Würde und Existenzmöglichkeiten aller zu sichern sein könnten?

Diese Vorstellungen zu öffnen, um in einem gemeinsamen Kampf für wirklich andere Bedingungen von Leben sich einander anzunähern, ohne notwendige Auseinandersetzungen zu umgehen, dafür könnte die langsame Füllung des Rahmens GSR zu einem Konzept linker politischer Intervention dienen.

4. Widerspruch von Bedingungslosigkeit der Menschenrechte und kapitalistischer Verwertungslogik

Diese Gesellschaftsform, die den unmenschlichen Verwertungsbedingungen kapitalistischer Logik unterworfen ist, verhilft den Menschen nicht zum guten und individuell als sinnvoll empfundenen Leben, sondern verlangt den Menschen ab, dem System zu dienen, mit ihrer zur Ware reduzierten Arbeitskraft zu privater Aneignung möglichst hoher Profitmaximierung beizutragen. Nicht

die individuellen Persönlichkeitsmerkmale werden als zu fördernde Werte erkannt, sondern einem Jeden wird ein Platz zugeordnet, der ihn zu einem kontrollierbaren Rädchen im Gesamtgetriebe werden lässt.

Menschenrechte, also an keine Bedingungen geknüpfte Grundrechte, die die bedingungslose Entfaltungsmöglichkeit eines jeden Individuums garantieren sollen – also seine existenzielle Sicherung, damit bedingungslose Teilhabe am gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum sowie seine bedingungslose Teilnahmemöglichkeit am gesellschaftlichen Leben, um so größtmögliche individuelle Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit bei Eingebundensein in gesellschaftliche Vorgänge und somit die Würde seines individuellen Ausdrucks sicherzustellen –, werden zu einem unüberbrückbaren Widerspruch gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise.

Diesen Widerspruch der Menschenrechte mit dem kapitalistischen Wertesystem aufzudecken, die einst entwickelt wurden, um dem aufkommenden Kapitalismus, der gegenüber den Fesseln des Feudalismus einen Fortschritt darstellte, den Boden zu bereiten, bedeutete nicht nur ihre Rettung und Weiterentwicklung, sondern offenbarte das ihnen innewohnende Wertesystem, dessen Umsetzung notwendig eine andere Gesellschaftsform nach sich zöge, da jede Form der Bedingungslosigkeit kapitalistischer Verwertungslogik entgegensteht.

5. Bedeutung der Menschenbilder für den politischen Kampf

Das jeweilige Menschenbild, das sich sowohl hinter individuellem wie hinter dem Verhalten politischer Spektren *verbirgt*, wirkt prägend auf die Zielvorgabe einer jeden Intervention. Leider wird für mein Dafürhalten zu wenig hinterfragt, von welchem Menschenbild jeweils ausgegangen wird. Menschenbilder sind keine Privatsache, weil sie jede Zielvorgabe, damit jeden Entwurf von Gesellschaftsvorstellungen beeinflussen. Jeder Wertekatalog, der Handeln ausrichtet, ist abhängig von einem ihm zugrundeliegenden Menschenbild, wie auch jede Haltung im Umgang mit anderen. Ob einander auf gleicher Ebene oder im Über- und Unterordnungsgedanken begegnet wird, beeinflusst weitgehend das Menschenbild, das den eigenen Wertekatalog bestimmt. Wird dem Gegenüber zugetraut, selbst am besten entscheiden zu können, welches Handeln zu der größten Übereinstimmung mit eigenen Bedürfnissen und Erwartungen führt, sobald Unterstützung spürbar wird, – oder ist eigenes Verhalten von der Überzeugung gesteuert, selbst den »richtigen« Weg erkannt zu haben und deshalb verantwortlich zu sein, den/die Menschen gegenüber auf den »richtigen« Weg bringen (ziehen) zu müssen? Politisches Handeln als Agitation oder als Unterstützung zu emanzipativem Handeln?

Menschenbilder entstehen aus Annahmen und Überzeugungen, welche Möglichkeiten der Mensch hat, wie er in seinem sozialen Umfeld lebt und welche Werte und Ziele sein Leben hat oder haben sollte. Ein Menschenbild wird individuell entwickelt, ist aber stark geprägt von den gesellschaftlich relevanten Auffassungen und Wertorientierungen. Die Annahmen über den Menschen haben viele und unterschiedliche Inhalte und bilden ein individuelles Muster mit Kernthemen und Randthemen. Das Menschenbild beeinflusst zu einem wesentlichen Teil persönliche Alltagstheorien, damit Verhalten und Handeln. Diese Grundüberzeugungen umfassen Fragen wie Anlage/Umwelt, Willensfreiheit, ethische Prinzipien, Gleichheit/Ungleichheit, soziale Verantwortung und die daraus folgenden Wertvorstellungen.

Gerade die Forderung oder Verwerfung von Bedingungslosigkeit sind geleitet von dahinter stehenden Menschenbildern. Menschenbilder aber sind nicht zu trennen von Glauben. Glauben nicht als Religionsentwurf gefasst, sondern als Verhalten und Handeln beeinflussend, indem von etwas ausgegangen wird, was im wissenschaftlichen Sinn nicht zu beweisen ist.

Nur begründete Hoffnung auf grundsätzliche Veränderbarkeit der gegebenen Verhältnisse, lässt Motivation wachsen, bereits das als miserabel erkannte »Jetzt« verbessern zu wollen. Um damit zielgerichtet beginnen zu können, bedarf es langfristiger Zielvorstellungen, eben utopischer Ausrichtungen.

Moral stellt einen Katalog ethischer Normen, Werte und Grundsätze auf, um das zwischenmenschliche Verhalten in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu regulieren.

Obwohl Religion eine »Janusköpfigkeit« besitzt, bildet sie mit ihren Elementen von Glauben und Hoffnung, Erklärungs- und moralischen Regulationsvorgaben eine wesentliche Grundlage sowohl individueller wie gesellschaftlicher Lebensentwürfe. Diese vier Elemente sind etwas, das menschlichem Leben, wenn auch die notwendige Form offen bleibt, unerlässlich zu sein scheint.

Hier geht es jedoch darum, den Glaubensbegriff von seiner religiösen Konnotation zu befreien und ihn als diesseitigen Begriff zu verstehen. Um motiviert und aus eigenem Antrieb sich Herausforderungen stellen zu können, bedarf es offensichtlich Hoffnung auf Änderungsmöglichkeiten. Diese Hoffnung entspringt den Kräften eines Glaubens. Glauben aber steht stets im Gegensatz zu Wissen, das sich aus Erklärungsvorgaben von Wissenschaft herleitet.

Wissenschaft als Gegensatz zum »Glauben« folgt einem Wissenschaftsbegriff, der eng mit der (westlichen) Zivilisation verbunden ist, die wiederum Produkt kapitalistischer Wirtschaftsweise ist. Deutlicher: Wurde Glaube

nicht in jeglicher Form von einem Wissenschaftsbegriff verdrängt, der mit Wissenschaftsgläubigkeit auch als irrational zu bezeichnen wäre? Wissenschaft wird zunehmend zum Erfüllungsgehilfen von Interessen, jeweils das zu untermauern, was gerade von dem System als diesen Interessen zuträglich betrachtet wird. Den unendlichen Widersprüchen, den Purzelbäumen gar, die diesen Weg der Wissenschaft säumen, wird keine, höchstens eine randständige Beachtung geschenkt. Dass Wissenschaft für je gegensätzliche Thesen Begründungen findet, somit jeder sich nach eigenem Gutdünken zu versorgen vermag, scheint nicht zu denken zu geben.

Was kann Wissenschaft leisten, wo liegen ihre Grenzen? Warum beschäftigt diese Frage selbst Linke immer weniger? Wie groß sind Umfang, aber auch Gewissheit menschlichen Wissens in Abgrenzung zu Glauben, Meinen und Vermuten? Warum fällt es dem Mainstream der Zivilisation westlicher Ausprägungen immer schwerer, Grenzen des Wissens anzuerkennen, somit zu einem anderen Verhältnis von Begründung und Glauben zu finden?

Wie sicher aber kann das Wissen um Erkanntes in den Sozialwissenschaften sein? Ihre Ergebnisse werden über Erkenntnisprozesse, gewonnen aus empirischen Untersuchungen, erreicht.

Empirismus begrenzt die Erkenntnis auf die Erfahrung, Erfahrungen aber sind veränderlich. Durch die jeweils aufgestellte Hypothese, die als Leitfaden der sich anschließenden Forschung die Richtung vorgibt, wird ein Fokus auf bestimmte Erfahrungen gelegt. Deshalb kann eine gegensätzliche Hypothese auch zu gänzlich anderen Ergebnissen führen. Absolute Gewissheit ist auf empirischem Wege nicht herstellbar, *insbesondere* wenn implizite Prämissen und Methoden nicht einer kritischen Reflexion unterzogen werden – im Unterschied zu abstrakten Wissenschaften wie der Mathematik, die unanfechtbare Wahrheiten über eindeutig logisch geführte Beweisführung erzielt.

Allzu oft wird Wissenschaft nur als empirische Wahrnehmung verstanden. Im Unterschied zu abstrakten Wissenschaften beruht aber Erkenntnis auf einem sozialen Prozess, der Verbindung zwischen dem vorhandenen, vorgegebenen Wissen und dem je aktuellen Erkennen in einer sozialen Beziehung zwischen »Subjekt« und »Objekt«, besser gesagt: dem anderen Subjekt, herstellt. Erkenntnis ist ein lebendiger Prozess, Teil des Lebens, somit veränderbar und Veränderungen unterworfen. Die Ergebnisse empirischer Erkenntnisprozesse werden allzu oft als unanfechtbare, nicht veränderbare Wahrheit behandelt.

Empirische Erkenntnisprozesse müssen von dem Vorgehen und den Methoden der Philosophie unterschieden werden. Philosophische Erkenntnisse entstehen als Verstandestätigkeit durch das Vergleichen, Zusammensetzen,

Abstrahieren komplexer Zusammenhänge des realen Lebens und deren In-Verbindung-Setzen mit Gedanken- und Ordnungssystemen. Sie entstehen aus vernunftgesteuerten Erkenntnissen, die in Abhängigkeit stehen zu nicht objektivierbaren abstrakten Ideensystemen, somit nicht zu Allgemeingültigkeit gelangen können.

Das Bedürfnis nach ethischer Ausrichtung, die Werte und Grundsätze als Verhaltensmaßstäbe vorgibt, scheint dem Menschen als ein Bedürfnis, um verlässliche gesellschaftliche Regulationskriterien vorzufinden.

Warum aber sollten diese Ethik, diese moralischen Maßstäbe von einem Religionsentwurf vorgegeben werden? Sind gesellschaftliche Zusammenhänge nicht in der Lage, ohne hierarchische Unterschiede unter Einbeziehung der Grundsätze der Menschenrechte selbstbestimmte Verhaltensregeln, somit eine ethische Haltung miteinander zu entwickeln, die größtmöglichen Raum für individuelle Emanzipation und Freiheit lässt, bei größtmöglicher Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen. So entwickelte sich eine Gesellschaftlichkeit, die auf den Grundsätzen von Achtung, Rücksichtnahme und Gleichberechtigung eine Form radikaler Demokratie wirksam werden ließe, die alle Lebensbereiche durchzieht.

Ethische Grundhaltungen veranlassen also bestimmte Haltungen im mitmenschlichen Umgang. Diese Grundhaltungen werden von einem Menschenbild beeinflusst, das ein jedes Individuum durch seine Entwicklung in sich herausbildete.

Der Glaube an die Möglichkeiten und Umsetzung neuer ethischer Menschenbilder werden nicht nach wissenschaftlichen Kriterien zu beweisen sein, da sie in Verhältnisse eingebunden wären, die eben noch nicht real sind. Sie sind real immer nur auf das zu beziehen, was zur Verbesserung oder Überwindung ansteht. Die Möglichkeiten von Veränderungen oder Nichtveränderungen bleiben stets Vermutung. Mit Vermutungen aber ist nichts nachzuweisen, was Wissenschaft jedoch verlangt.

Hinter der Vorstellung einer anderen Welt, wie immer sie auch gedacht werden mag, steht unwillkürlich ein gegenüber dem kapitalistischen abweichendes Menschenbild. Das Zutrauen in die Veränderungsmöglichkeiten der Verhältnisse ist abhängig von dem Zutrauen in die eigene Einflussfähigkeit des Menschen.

Politische Entwürfe, deren inhärentes Menschenbild auf einer schwachen, beeinflussbaren und im eigenen Willen unklaren Persönlichkeit beruht, werden zu anderen Zielvorstellungen mit anderen Verhaltensweisen und Wegen führen als Konzepte, die von einer Persönlichkeit ausgehen, der Urteils- und Entscheidungsfähigkeit zugetraut wird. Dieses Zutrauen wiederum ist abhängig von dem jeweils zugrundegelegten Menschenbild.

Die Ausgestaltung von Forderungen eines anderen Umganges miteinander, was eine andere Welt ausmachen, damit Alternativen und Perspektiven bestimmen würde, wird also wesentlich von dem Menschenbild geprägt, das den handelnden Akteur – ob Individuum, Kollektiv oder Multitude – beeinflusst.

Deshalb ist es unerlässlich, sich dieser Menschenbilder als Lenkungsfaktor politischer Zielsetzungen bewusst zu werden, sie herauszuarbeiten, um sie in Auseinandersetzungen einbeziehen zu können.

Die Autorinnen und Autoren

Ronald Blaschke, Philosoph und Erziehungswissenschaftler; publiziert und lehrte zu den Themen Armut, Zukunft der Arbeit, bürgerschaftliches Engagement und Grundeinkommen. Initiator des deutschen Netzwerkes Grundeinkommen.

Mario Candeias, prom. Politikwissenschaftler, Referent für Kapitalismuskritik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Redakteur der Zeitschrift »Das Argument« sowie des Historisch-Kritischen Wörterbuches des Marxismus.

Alex Demirović, Sozialwissenschaftler, Dr. habil., PD am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/Main; zahlreiche Veröffentlichungen zu Kritischer Theorie, Staatstheorie sowie Demokratie und Herrschaftsverhältnissen im Neoliberalismus, Redakteur der Prokla.

Martin Dieckmann, Studium der Politologie und Kunstgeschichte, Diplom-Politologe; seit 2001 Gewerkschaftssekretär beim ver.di-Bundesvorstand, seit Juli 2008 Fachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie der ver.di-Landesbezirke Hamburg und Nord.

Thomas Gebauer, Dipl.-Psychologe, Geschäftsführer von medico international und Mitbegründer der 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen.

Roland Klautke, Politikwissenschaftler, Mitglied im attac-Rat, in den Ko-Kreisen der bundesweiten attac-AGen »Genug für Alle«, »Soziale Sicherungssysteme« und im Ko-Kreis des bundesweiten »Aktionsbündnis Sozialproteste«; Arbeitsschwerpunkte: Arbeitspolitik, Sozialpolitik, Gewerkschaftspolitik.

Rolf Künnemann, prom. Mathematiker, Menschenrechtsdirektor bei FIAN International, zahlreiche Publikationen zum Menschenrecht auf Nahrung.

Sandro Mezzadra, Philosoph und Politikwissenschaftler, 1992 Promotion zur Vorgeschichte der Weimarer Reichsverfassung, lehrt in Bologna. In den letzten Jahren sind auch wissenschaftlich die Themen Migration, Bürger-schaftsrechte und Globalisierung in den Mittelpunkt seiner Arbeit gerückt.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt er sich nun mit dem Thema »Postkolonialismus«; Mitglied der italienischen autonomen Bewegung.

Wolf-Dieter Narr, Politikwissenschaftler, em. Prof. des OSI der FU-Berlin, Mitgründer und Mitsprecher des »Komitees für Grundrechte und Demokratie«; er publiziert zu Themen im Spannungsfeld von Menschenrechten, Globalisierung und Demokratie; u.a. beteiligte er sich 1978 an der Jury des Russell Tribunals zu den Berufsverboten in der BRD; in jüngster Zeit engagiert er sich in der Flüchtlingspolitik.

Iris Nowak, Diplom-Sozialökonomin, promoviert an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, Mitglied der Frauenredaktion der Zeitschrift »Das Argument« und Redakteurin von »Analyse und Kritik«.

Brigitte Oehrlein, Dipl.-Bibliothekarin, Mitglied im attac-Rat, im Ko-Kreis der bundesweiten attac-AG »Genug für Alle«; Arbeitsschwerpunkte: Globale Soziale Rechte, Arbeitsbegriff, bedingungsloses Grundeinkommen, Demokratievorstellungen.

Werner Rätz, Politikwissenschaftler, politischer Aktivist von attac im Rat, in den Ko-Kreisen der bundesweiten attac-AGen »Genug für alle« und »Soziale Sicherungssysteme«; Mitglied der Interventionistischen Linken(IL), der ILA (Informationsstelle Lateinamerika), freiberuflicher Vortragsreisender.

Thomas Seibert, prom. Philosoph, Mitglied im attac-Rat, Redakteur von Fantômas; zahlreiche Publikationen zu Fragen der Nord-Süd- und globalen Ungleichheits-Problematik; philosophische Auseinandersetzung mit Existentialismus und Poststrukturalismus.